



Inhalt	Seite
Haftung des Steuerberaters	13
– Informationen des Steuerberaters durch Übergabe der Buchhaltungsunterlagen?	
– Prüfungs- und Belehrungspflicht des Steuerberaters bei umfassendem Auftrag zur Steuerberatung (Buchführung, Jahresabschluß, Steuererklärung und Beratung)	
– Anmerkung	
– Weiterführender Rechtsprechungshinweis	
Berufshaftpflichtversicherung der Steuerberater	16
– Wissentliche Pflichtverletzung und Versicherungsschutz (§§ 4 Nr. 6 AVB, 152 VVG)	
– Pflichtversicherung i.S. §§ 158 b ff VVG	
– Anmerkung zur Pflichtversicherung	
– Weiterführende Rechtsprechungshinweise	
Haftung des Steuerberaters	23
– Kenntnis des Steuerrechts	
– Pflicht zur Einhaltung des sicheren Weges	
– Weiterführender Rechtsprechungshinweis	
Neueste Entscheidung des BGH	25
GI Leitsätze	22

Haftung des Steuerberaters

- Informationen des Steuerberaters durch Übergabe der Buchhaltungsunterlagen?
 - Prüfungs- und Belehrungspflicht des Steuerberaters bei umfassendem Auftrag zur Steuerberatung (Buchführung, Jahresabschluß, Steuererklärung und Beratung)
 - Anmerkung
 - Weiterführender Rechtsprechungshinweis
- (BGH Urt. v. 18. 9. 1985 – IV a ZR 79/84, OLG Oldenburg, GI 15/84)

Leitsätze (des Verf.):

Die Übergabe von Buchhaltungsunterlagen stellt keine hinreichende Information des Steuerberaters über einen Vorgang von steuerrechtlicher Bedeutung dar.

Bei einem Betrieb mit 2 Taxen und der Anschaffung von 11 weiteren Fahrzeugen bei gleichzeitiger Installation einer eigenen Funkzentrale ist der Steuerberater wegen der umsatzsteuerrechtlichen Unterscheidung zwischen Taxen und Mietwagen verpflichtet zu prüfen, ob 11 neue Taxikonzessionen erteilt wurden.

Aus den Gründen:

1. Zur Information des Steuerberaters durch Übergabe von Buchhaltungsunterlagen

Bei den Unterlagen, die dem beklagten Steuerberater zum Zwecke der Buchführung übergeben wurden, konnte der Kläger weder davon ausgehen, der Beklagte werde die erforderlichen Buchungsarbeiten selbst vornehmen noch eine dazu eingesetzte Hilfskraft könne imstande sein, die über die Verbuchung hinausgehende steuerrechtliche Bedeutung der Unterlagen zu erkennen (BGH Urt. v. 6. 12. 1979 – VII ZR 19/79 VersR 1980, S. 264 = MDR 1980, S. 303 = LM BGB § 675 Nr. 73).

Der Berufungsrichter geht jedoch zu Unrecht davon aus, es habe sich um einen steuerrechtlich geklärten Sachverhalt gehandelt, bei dem der Beklagte habe annehmen dürfen, daß sein Auftraggeber etwaige Änderungen des Sachverhalts als möglicherweise steuerrechtlich bedeutsam erkennen und von sich aus anzeigen werde (BGH a.a.O.).

2. Zur Prüfungspflicht des Steuerberaters

Mit der Erweiterung des bisherigen Betriebes mit 2 Taxen und einer eigenen Funkzentrale mit 11 weiteren Fahrzeugen war ein neuer Tatbestand geschaffen, der den Beklagten aufgrund des zwischen den Parteien bestehenden umfassenden Steuerberatungsvertrages zu neuer Prüfung, Aufklärung und Beratung zwang. Der Kläger bezeichnet die neue Situation treffend als geschäftliches „Neuland“. Angesichts der ihm mitgeteilten Änderung der Organisation und starken Erweiterung des Betriebes durfte der Beklagte nicht einfach davon ausgehen, es handele sich um eine bloße Weiterentwicklung eines steuerlich geklärten Sachverhaltes. Er bezeichnet selbst die umsatzsteuerrechtliche Unterscheidung zwischen Taxen und Mietwagen als Grundwissen jeden Steuerberaters, das ein Lehrling bereits im ersten Lehrjahr lerne. Er durfte deshalb bei der **auffallenden Betriebsumstellung** nicht ohne weitere Nachfrage davon ausgehen, die 11 neuen Fahrzeuge seien als Taxen konzessioniert. Dafür gab es keine genügenden Anhaltspunkte. Für das Gegenteil sprach aber, daß die Erteilung einer Taxigenehmigung von einer Bedürfnisprüfung abhängig ist und einem Bewerber nur **eine** Genehmigung erteilt werden darf, sofern nicht mehr Genehmigungen erteilt werden können, als Antragsteller vorhanden sind (§13 Abs.5 Personenbeförderungsgesetz), während für Mietwagen-Konzessionen derartige Beschränkungen nicht bestehen.

Daß Taxikonzessionen deshalb an vielen Orten nur schwer zu bekommen sind, ist weithin bekannt. Die zusätzliche Erteilung von 11 neuen Konzessionen war deshalb besonders auffällig. Der Beklagte hätte also nach der Art der Konzessionen fragen müssen, bevor er die Umsatzsteuervoranmeldungen und Umsatzsteuererklärungen abgab.

Anmerkung:

Der Rechtsstreit wurde zur erneuten Verhandlung an das OLG Oldenburg zurückverwiesen. Ob und in welcher Höhe ein Schaden entstanden ist, muß geklärt werden. Ebenso wird zu prüfen sein, ob den Kläger ein Mitverschulden trifft. Hierauf hat der BGH ausdrücklich hingewiesen.

Zur Prüfungspflicht des Steuerberaters ist darauf hinzuweisen, daß er im Regelfall damit rechnen kann und darf, daß sein Auftraggeber ihn von der Änderung eines bestimmten steuerrechtlich erheblichen Sachverhaltes unterrichten werde. Er kann auch erwarten, daß ihm diese Änderung unmißverständlich mitgeteilt wird (BGH a.a.O.: für den Fall der Änderung des Güterstandes).

Im vorliegenden Sachverhalt kam der BGH nur deshalb zu einer eigenen Pflichtverletzung des Steuerberaters, weil er die Betriebserweiterung um 11 Mietwagen als besonders auffällig ansah.

Weiterführende Rechtsprechungshinweise:

1. Der Steuerberater darf ihm vom Mandanten oder dessen Angestellten übergebene Unterlagen (hier: Zusammenstellung über Materialbestände) im Rahmen der Bilanzerstellung ohne Verschulden ungeprüft verwerten, es sei denn, er hätte erkennen müssen, daß die Zusammenstellung nicht für ihn bestimmt war.

OLG Celle
 Ur. v. 28.11.1974
 StB 1976, 82
2. Zur Verantwortlichkeit des Mandanten:
 - für ordnungsgemäße Grundaufzeichnungen

LG Oldenburg
 Ur. v. 2.3.1984
 GI 15/84
 - für eine zeitnahe und vollständige Information des Steuerberaters

OLG Oldenburg
 Ur. v. 13.4.1983
 GI 17/83
 OLG Köln
 Ur. v. 6.7.1984
 GI 20/84
3. Zur Frage des mitwirkenden Verschuldens bei nicht erkannten Fehlern in einem Sachverständigen-gutachten

BGH
 Ur. v. 2.11.1983
 – IVa ZR 20/82 –
 GI 2/84
 = NJW 84, 355
 = MDR 84, 296
 = WM 84, 34
 = ZIP 84, 70
 = VersR 84, 85
 = DB 84, 662
 = JZ 84, 246
 = BauR 84, 189
 = ZSW 84, 83
 (Müller)
4. Zur Darlegungs- und Beweislast bei Einwendungen des Steuerberaters,
 - Inventurlisten und Steuerbescheide seien zu spät ausgehändigt worden,
 - der Mandant habe bereits einen anderen Steuer-berater mandatiert gehabt

BGH
 Ur. v. 9.6.1982
 – IVa ZR 9/81 –
 GI 15/82
 = BGHZ 84, 244
 = NJW 82, 2238
 = MDR 82, 915
 = WM 82, 903
 = ZIP 82, 1214
 m. Anm. Haug

Berufshaftpflichtversicherung der Steuerberater

- Wissentliche Pflichtverletzung und Versicherungsschutz (§§ 4 Nr. 6 AVB, 152 VVG)
- Pflichtversicherung i.S. §§ 158 b ff VVG
- Anmerkung zur Pflichtversicherung
- Weiterführende Rechtsprechungshinweise
(OLG Köln, Urt. v. 21.11.1985 – 5 U 74/85, LG Aachen, GI 25/85)

Leitsätze: (des Verf.):

1. Es bestehen keine Bedenken gegen die Wirksamkeit der Regelung in § 4 Nr. 6 AVB.
2. Jeder Steuerberater weiß, daß Steuererklärungen innerhalb bestimmter Fristen abzugeben sind.
3. Die wiederholte Nichtbeachtung von Fristen bzw. die nicht rechtzeitige Beantragung von Fristverlängerungen begründen den Vorwurf wissentlicher Pflichtverletzung.
4. Der Versicherungsnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast dafür, daß wissentliche Pflichtverletzungen infolge Unzurechnungsfähigkeit begangen wurden.
5. Die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung ist eine Pflichtversicherung i.S. §§ 158 b ff VVG.
6. § 4 Nr. 6 AVB ist ein Risikoausschluß und keine Obliegenheit.

Aus den Gründen:

Zur Wirksamkeit von § 4 Nr. 6 AVB

Bedenken gegen die Wirksamkeit des § 4 Nr. 6 AVB bestehen nicht... Vielmehr enthält § 4 Nr. 6 AVB eine dem Versicherer günstige Abweichung von § 152 VVG. Nach § 152 VVG haftet der Versicherer nicht, wenn der Versicherungsnehmer den Eintritt der Tatsache, für die er dem (geschädigten) Dritten verantwortlich ist, vorsätzlich und widerrechtlich herbeigeführt hat. Dies kann nur dann bejaht werden, wenn der Versicherungsnehmer auch den Erfolg der schädigenden Handlung als möglich vorausgesehen und billigend in Kauf genommen hat (vgl. Prölss-Martin § 152 Tz. 1; OLG Frankfurt, VersR 1977, 829). § 4 Nr. 6 AVB stellt dagegen auf den Erfolg nicht ab. Vielmehr genügt zur Versagung des Versicherungsschutzes nach § 4 Nr. 6 AVB unabhängig davon, ob der Versicherungsnehmer den Erfolg seines Fehlverhaltens vorhergesehen und in Kauf

genommen hat, daß er wissentlich gegen das Gesetz verstoßen bzw. eine wissentliche Pflichtverletzung begangen hat (Bruck-Möller-Johannsen Bd. II Anmerkung G 232; OLG Düsseldorf, VersR 1981, 621; sowie BGH, VersR 1959, 692 für eine vergleichbare Klausel). Die hierin liegende Abweichung von § 152 VVG führt indes nicht zur Unwirksamkeit des § 4 Nr. 6 AVB (vgl. OLG Koblenz, VersR 1980, 643), weil § 152 VVG nicht zwingend oder halbzwingend, sondern abdingbar ist.

§ 4 Nr. 6 AVB enthält auch keine unangemessene Benachteiligung des Versicherungsnehmers i.S. & 9 AGB-Gesetz.

Das OLG Düsseldorf (VersR 1981, 621, GI = 7/80) hat zutreffend darauf hingewiesen, daß der Risikoausschluß des § 4 Nr. 6 AVB für Versicherungsnehmer gilt, von denen erwartet werden kann, daß sie sich nicht bewußt über Gesetze, Anweisungen und Pflichten hinwegsetzen. Es ist verständlich und gerechtfertigt, daß der Haftpflichtversicherer diesen Personen nicht das Risiko abnehmen will, das sie eingehen, wenn sie bewußt gegen Gesetz, Anweisung oder Pflichten verstoßen. Dieser Personenkreis kann das auch nicht erwarten (OLG Düsseldorf, VersR 81, 769).

Zur wissentlichen Pflichtverletzung

B. hat die Fristen in Kenntnis der Fristen, ihres Ablaufs und seiner Verpflichtung, die Fristen einzuhalten, wenn er keine Fristverlängerung erwirken konnte, verstreichen lassen. Dies ergibt sich aus den Umständen.

Die Fristen zur Abgabe von Steuererklärungen sind einem Steuerberater bekannt. Jeder Steuerberater weiß auch, daß Steuererklärungen innerhalb der gesetzlichen bzw. der generell oder im Einzelfall auf Antrag verlängerten Fristen abgegeben werden müssen, weil sonst Verspätungszuschläge festgesetzt und/oder Schätzungen vorgenommen werden (vgl. OLG Düsseldorf a.a.O.; OLG Frankfurt, VersR 77, 829).

Dies war auch B. bekannt. Wie die Kläger selbst hervorheben, war er jahrelang erfolgreich als Steuerberater tätig. Ihm war daher die Notwendigkeit, Fristen zur Abgabe von Steuererklärungen einzuhalten, wenn er keine Fristverlängerung erreichen konnte, ersichtlich bekannt. ...

B. erhielt in den Jahren 1977 – 1980 regelmäßig Abschriften der Formularschreiben des Finanzamtes, durch die H. zur Abgabe der Steuererklärung aufgefordert wurde.

B. hat auch nicht lediglich **eine** Frist versäumt. Er hat vielmehr innerhalb eines Zeitraums von mehreren Jahren insgesamt 8 Steuererklärungen nicht erstellt.

Er hat auch unterlassen, gegen die Schätzungsbescheide des Finanzamtes innerhalb der Rechtsbehelfsfrist Einspruch einzulegen. Es ist bei

dieser Sachlage auszuschließen, daß B. die rechtzeitige Abgabe der Steuererklärung vergessen haben könnte, zumal er einmal einen Antrag auf Fristverlängerung gestellt hat, ohne die verlängerte Frist einzuhalten. Auch nach Erlaß der Schätzungsbescheide hat er Einkommensteuererklärungen nicht gefertigt.

Zur Darlegungs- und Beweislast der Unzurechnungsfähigkeit

Die Voraussetzung des § 4 Nr. 6 AVB wäre allerdings zu verneinen, wenn B. im hier in Rede stehenden Zeitraum bis Ende September 1982 unzurechnungsfähig (§ 827 Satz 1 BGB) gewesen wäre.

Die Darlegungs- und Beweislast dafür, daß B. den Schaden in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit verursacht hätte, trifft im Streitfall die Kläger. ...

Diese Beweislastverteilung ergibt sich aus einer entsprechenden Anwendung der für die Beweislastverteilung im Falle des § 152 VVG geltenden Grundsätze. ...

Diese Darlegungs- und Beweislast des Versicherungsnehmers trifft im Streitfall die Kläger, die als Rechtsnachfolger des Versicherungsnehmers durch Pfändung und Überweisung den – in solchem Fall in einen Zahlungsanspruch ungewandelten (BGH VersR 1963, 421) – Deckungsanspruch des Versicherungsnehmers B., aus dem Vertragsverhältnis mit der Beklagten geltend machen.

Unsubstantiiert ist das Vorbringen der Kläger, B. sei infolge von Überlastung kollabiert. ...

Nichts anderes gilt, soweit die Kläger auf den Zusammenbruch der Steuerberaterpraxis und des Damenbekleidungsgeschäftes, den Vermögensverfall, der zur Abgabe der eidesstattlichen Offenbarungsversicherung führte und das Scheitern der Ehe des Versicherungsnehmers B. im Laufe eines Zeitraums von 2 – 3 Jahren verweisen. Diese Umstände lassen weder für sich allein noch im Zusammenhang auf die Symptomatik einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit schließen.

Zur Pflichtversicherung im Sinne §§ 158 b ff. VVG

Der Steuerberater muß sich nach § 67 StBerG gegen die aus seiner Berufstätigkeit folgenden Haftpflichtgefahren angemessen versichern. Bei der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung des Steuerberaters handelt es sich daher um eine Pflichtversicherung im Sinne §§ 158 b ff. VVG (vgl. Prölss-Martin § 149 Tz. 4 Ca; § 158 b Tz. 1 und Vorbemerkung IV 1e, S. 22).

Demgemäß ist § 158 c VVG im Streitfall anwendbar. Gemäß § 158 c Abs. 1 VVG bleibt bei einer Pflichtversicherung die Verpflichtung des Haftpflichtversicherers in Ansehung des Dritten, d.h. des Geschädigten, nach Pfändung und Überweisung des Deckungsanspruchs auch insoweit bestehen, als der Versicherer gegenüber dem Versicherungsnehmer von der Verpflichtung zur Leistung frei ist. ...

Dies heißt, daß sich der Versicherer gegenüber dem geschädigten Dritten bei der Pflichtversicherung auf eine Obliegenheitsverletzung des Versicherungsnehmers nicht berufen kann, § 158 c Abs. 1 VVG, während Risikobeschränkungen nach § 158 c Abs. 3 VVG auch zu Lasten des Dritten wirken.

§ 4 Abs. 6 AVB – ein Risikoausschluß oder eine Obliegenheit?

Der Senat sieht § 4 Nr. 6 AVB als subjektiven Risikoausschluß an (so auch: OLG Düsseldorf, VersR 81, 621 = GI 7/80 und 769; a.A. OLG Koblenz, VersR 82, 1090; das OLG Koblenz hatte über einen Gewässerschaden zu befinden). Dies beruht auf folgender Überlegung:

Bei § 152 VVG handelt es sich, wie allgemein anerkannt ist, nicht um die Regelung einer Obliegenheitsverletzung, sondern um einen subjektiven Risikoausschluß, bei dem von vornherein festgelegt ist, daß ein solcher Schadenfall nicht unter den Schutz des Versicherungsvertrages fällt (vgl. BGH NJW 1971, 459). Der Bundesgerichtshof hat im Urteil vom 13.7.1959 (VersR 1959, 691f.) eine der hier zu beurteilenden Klausel vergleichbare Bestimmung in Besonderen Bedingungen für die Haftpflichtversicherung von Architekten und Bauingenieuren als Risiko-beschränkung angesehen, weil durch die dort zur Beurteilung stehende Bestimmung lediglich eine Erweiterung des § 152 VVG vorgenommen werde. Die für diese Beurteilung maßgeblichen Gründe liegen auch hier vor.

Anmerkung zur Pflichtversicherung i.S. §§ 158 b ff VVG

Die Entscheidung des OLG Köln wird zur Frage, ob die Berufs-Haftpflichtversicherung des Steuerberaters eine Pflichtversicherung i.S. §§ 158 b ff VVG ist, nicht das „letzte Wort“ sein.

Eine Auseinandersetzung mit der abweichenden Auffassung findet leider nicht statt.

Unstreitig handelt es sich bei der **Berufs-Haftpflichtversicherung der Wirtschaftsprüfer** und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften um eine Haftpflichtversicherung, zu deren Abschluß eine gesetzliche Verpflichtung

besteht, d. h. eine Pflichtversicherung i. S. §§ 158 b ff VVG (§ 54 Wirtschaftsprüferordnung; vgl. Verordnung über die Berufshaftpflichtversicherung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer vom 8. 12. 1967).

Ebenso ist die **Berufs-Haftpflichtversicherung für Notare** in § 19 a BNotO gesetzlich geregelt. Auch diese Berufs-Haftpflichtversicherung ist als Pflichtversicherung im Sinne §§ 158 b ff VVG anzusehen.

Im Gegensatz dazu gibt es für **Rechtsanwälte** keine gesetzliche Pflicht zur Eingehung und Unterhaltung einer Berufs-Haftpflichtversicherung. Diese Verpflichtung ist nur standesrechtlich begründet. Deren Versicherungsvertrag unterliegt also nicht den Bestimmungen über die Pflichtversicherungen gem. §§ 158 b ff VVG.

Die **Berufs-Haftpflichtversicherung der Steuerberater** wird von Winter (Bonner Handbuch der Steuerberatung § 67, B 966) nicht als Pflichtversicherung angesehen. Zur Begründung weist er darauf hin, daß es keine „amtlich festgesetzte Mindestversicherungssumme“ i. S. § 158 c Abs. 3 VVG gibt. Ohne nähere Begründung wird die Berufs-Haftpflichtversicherung der Steuerberater als Pflichtversicherung angesehen: von Prölss-Martin, Versicherungsvertragsgesetz Vorbemerkung IV, 1 e; Gehre, Steuerberatungsgesetz § 67 Tz. 11; Peter, StBerG § 67 Tz. 10.

Bei Pflichtversicherungen gilt die **Besonderheit**, daß eine Leistungsfreiheit im Versicherungsverhältnis, etwa wegen einer Vertragsverletzung oder Obliegenheitsverletzung durch den Versicherungsnehmer, den Versicherungsschutz zugunsten des Geschädigten unberührt läßt (§ 158 c Abs. 1 VVG).

Der geschädigte Dritte hat aber auch im Falle der Pflichtversicherung **keinen unmittelbaren Anspruch gegen den Versicherer** (§ 158 c Abs. 6 VVG). Der Anspruchsteller kann nach Erlangung eines rechtskräftigen Haftpflichturteils die Deckungsansprüche des Versicherungsnehmers pfänden und sich überweisen lassen. Denn der Befreiungsanspruch des Versicherungsnehmers wird unbeschadet einer Leistungsfreiheit im Innenverhältnis zum Versicherer zugunsten des Anspruchstellers als forbestehend fingiert.

Muß der Versicherer in solchen Fällen im Außenverhältnis gem. § 158 c VVG dem Anspruchsteller Ersatz leisten, läuft der Versicherungsnehmer Gefahr, im Rückgriffswege in vollem Umfang vom Versichere in Anspruch genommen zu werden.

Der Versicherer haftet in diesen Fällen „nur im Rahmen der amtlich festgesetzten **Mindestversicherungssummen**“ (§ 158 c Abs. 3 VVG).

Mindestversicherungssummen sind gesetzlich nur bei Wirtschaftsprüfern und Notaren mit DM 500.000,- festgelegt (§19 a BNotO; Verordnung über die Berufs-Haftpflichtversicherung der Wirtschaftsprüfer vom 8.12.1967).

Bei Steuerberatern gibt es keine gesetzlich festgelegte Mindestversicherungssumme. Gehre empfiehlt die Heranziehung von Nr. 19 Abs. 2 der Richtlinien der Steuerberater, wonach eine Versicherungssumme von mindestens DM 100.000,- für den einzelnen Schadenfall bei einer Höchstleistung der zweifachen Summe für alle in einem Versicherungsjahr verursachten Schäden als angemessen anzusehen ist.

War eine **höhere Versicherungssumme** abgeschlossen, so beschränkt sich die Haftung des Versicherers nach §158 c Abs.3 VVG dennoch auf den Betrag der Mindestversicherungssumme (vgl. Prölss-Martin §158 k Tz. 2).

Auch bei einer Pflichtversicherung haftet der Versicherer gem. §158 c Abs.3 VVG nur im Rahmen „der von ihm übernommenen Gefahr“. Dies ermöglicht dem Versicherer eine Risikobegrenzung. Der Umfang des Versicherungsschutzes ist in den Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen und in der Risikobeschreibung festgelegt. Dementsprechend spielt die Abgrenzung zwischen einer **Obliegenheit**, deren Verletzung dem Anspruchsteller nicht schadet, und einer **objektiven Risikobeschränkung** in der Pflichtversicherung eine bedeutende Rolle (vgl. Prölss-Martin §158 c Tz. 9).

Ein Umstand, der das Nichtbestehen oder die Beendigung des Versicherungsverhältnisses zur Folge hat, wirkt in Ansehung des Anspruchstellers erst mit dem Ablauf eines Monats, nachdem der Versicherer diesen Umstand der Berufskammer mitgeteilt hat (§158 c Abs. 2 VVG). Dies gilt insbesondere bei einem Erlöschen des Versicherungsschutzes bei Nichtzahlung der Prämie (§39 VVG).

Weiterführende Rechtsprechungshinweise:

Zu den Pflichten eines Steuerberaters bei Arbeitsüberlastung aus zivilrechtlicher und standesrechtlicher Sicht

LG Stuttgart
GI 13/83

Zur Bindungswirkung des Haftpflichturteils im Deckungsprozeß, wenn Versicherungsnehmer Versäumnisurteil oder Vollstreckungsbescheid gegen sich ergehen läßt.

LG Hamburg
(Abdruck in Heft 3,
März 1986)

§ 4 Nr. 6

Versicherungsschutz bezieht sich nicht auf Haftpflichtansprüche: Wegen Schadenverursachung durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Auftraggebers oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung. Der Versicherungsnehmer behält, wenn dieser Ausschlußgrund nicht in seiner Person vorliegt – unbeschadet der Bestimmung des § 7 IV 2 – den Anspruch auf Versicherungsschutz

Text der Allgemeinen **Versicherungsbedingungen** für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Angehörigen der wirtschaftsprüfenden sowie wirtschafts- u. steuerberatenden Berufe (AVB/WB)

GI Leitsätze:

1. Zusätze bei Steuerberatungsgesellschaften

- a) Der Zusatz „JUS“ einer Steuerberatungsgesellschaft verstößt gegen § 1 UWG, wenn diese weder eine allgemeine Rechtsberatung noch eine wissenschaftliche im Verhältnis zu ihren Konkurrenten besonders qualifizierte Steuerberatung betreibt.
Der Zusatz verletzt auch § 1 UWG, weil damit auch gegen die Bestimmungen des StBerG verstoßen wird, die der Sicherung der Wettbewerbsgleichheit der steuerberatenden Berufe sowie dem Schutz der Allgemeinheit vor Irreführung dienen.
- b) Ansprüche nach § 3 UWG unterliegen grundsätzlich nicht der Verwirkung, da sie dem Schutz öffentlicher Interessen dienen.

(BGH Urf.v. 14.3.1985 – I ZR 66/83 –, StB 85, 383)

2. Hinterlegung von Geld bei Anwaltssozietäten

Zur Frage der Schuldumschaffung (Novation), wenn ein Mandant bei einer Anwaltssozietät Geld, das zur späteren Weitergabe an einen Gläubiger bestimmt ist, hinterlegt und einer der Anwälte das Geld zwischenzeitlich im Ausland anlegt, ohne es später zurückzahlen zu können.

(BGH Urf.v. 14.11.1985 – III ZR 80/84 – OLG Köln, LG Köln)

Haftung des Steuerberaters

- Kenntnis des Steuerrechts
 - Pflicht zur Einhaltung des sicheren Weges
 - Weiterführender Rechtsprechungshinweis
- (LG Hamburg, Urt. v. 5.12.1985 – 12 O 406/85)

Leitsätze (des Verf.):

Der Steuerberater muß sich über die steuerrechtliche Rechtsprechung auf Rechtsgebieten, die in seiner Praxis relevant sind, informiert halten.

Die Beschaffung von Fachliteratur kann nur insoweit verlangt werden, als dies im angemessenen Verhältnis zum Umfang der Praxis des Beraters steht.

Die Zeitschrift „wistra“ gehört nicht zur Standardausstattung einer Steuerberatungspraxis.

Die Kenntnis der Entscheidungen des für den Tätigkeitsbereich des Steuerberaters zuständigen Finanzgerichts wird erwartet.

Aus den Gründen:

Es ist anerkannt, daß ein Steuerberater nur dann seine Pflichten erfüllt, wenn er sich über die Entwicklung der steuerlichen Rechtsprechung auf Rechtsgebieten, mit denen er in der Praxis zu tun hat, unterrichtet hält. Was bedeutet, daß er sich mit der maßgeblichen Fachliteratur auf dem laufenden zu halten hat.

Die Beschaffung von Fachliteratur und -zeitschriften kann allerdings nur insoweit verlangt werden, als dies im angemessenen Verhältnis zum Umfang der Praxis des Beraters steht. Feste Vorschriften lassen sich in dieser Beziehung nicht aufstellen (zum Problemkreis: Späth Rz 99, 100, 101; Gräfe/Suhr S. 27).

Wendet man vorgenannte Grundsätze an, ist nicht zu verkennen, daß bis zur Entscheidung des LG vom 9. Mai 1983 die allgemeine Ansicht war, daß die kommentarlose Abgabe einer Umsatzsteuer-Jahreserklärung eine wirksame Selbstanzeige unrichtiger Umsatzsteuervoranmeldungen darstellt, auch wenn nicht erkennbar ist, welche Voranmeldung in welcher Höhe korrigiert werden soll. Voraussetzung war nur, daß der Steuerpflichtige auf Befragen des Finanzamtes ohne weitere langwierige Erörterungen und Ermittlungen die Gründe für den Unterschiedsbetrag

darzulegen vermag (vgl. Franzen/Gast/Samson, Steuerstrafrecht 2. Auflage 1978 § 371 Tz. 47; Pfaff, Kommentar zur steuerlichen Selbstanzeige 1977, 81f.). Da außer dieser unwidersprochen gebliebenen Literaturmeinung auch gegensätzliche, insbesondere höchstrichterliche Rechtsprechung nicht vorlag, kann von einer Pflichtverletzung des Beklagten in der ihm vorgeworfenen Art und Weise nur dann die Rede sein, wenn er die fragliche Entscheidung des LG Hamburg vom 9. Mai 1983 hätte kennen müssen oder sie gekannt hat. Selbiges gilt hinsichtlich des Aufsatzes von Garbers, weil man insoweit ggf. davon sprechen müßte, daß nach der Kenntnis von diesem Aufsatz jedenfalls ein sicherer Weg auch gegen die herrschende Meinung hätte gegangen werden können und müssen. Kennen mußte der Beklagte die beiden Veröffentlichungen jedoch nicht, weil sie im Verhältnis zum hier interessierenden Zeitraum März 1984 relativ jung waren und zudem ausschließlich in einem Organ verbreitet worden waren, das – wie nach den Erörterungen in der mündlichen Verhandlung übereinstimmend festgestellt wurde – nicht zum Standardrepertoire der Steuerberater zählt.

Es hieße die Anforderungen an die Sorgfaltspflicht des Steuerberaters zu überfordern, verlangte man von ihm jeweils in der Kürze der hier in Rede stehenden Zeiträume von etwa 3 Monaten bzw. wenigen Tagen sich über Veröffentlichungen zu versichern, die zudem erstmals als kritische Stimme gegenüber der herrschenden Meinung zu werten sind.

Anders wäre die Frage jedoch zu beantworten gewesen, wenn die Publikation „wistra“ zum damaligen Zeitraum im Büro des Beklagten tatsächlich gehalten worden wäre, wovon aber zum Schluß der mündlichen Verhandlung nicht auszugehen ist. Die Kammer teilt nämlich nicht die vereinzelt in der Literatur vertretene Auffassung, daß die Rechtsprechung der Finanzgerichte nicht zu derjenigen Rechtsprechung gehört, die der Steuerberater verfolgen müsse. Dies ist jedenfalls dann anders zu beurteilen, wenn es sich um Rechtsprechung von Finanzgerichten handelt, die für den Bezirk des Steuerpflichtigen maßgeblich ist. Dann wird man vom Steuerberater verlangen müssen, zumal das besondere arbeitsmäßige Aufwendungen nicht verlangt hätte, den sicheren Weg dergestalt zu gehen, eine Zuordnung des nachgemeldeten Betrages in der Jahressteuererklärung vorzunehmen.

Weiterführender Rechtsprechungshinweis:

Zur Einhaltung des sichersten und gefahrlosesten Weges

BGH
Urt. v. 10.10.1985
GI 44/85

Neueste Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Haftung des Steuerberaters

- Zum Umfang der Darlegung bei fehlerhaften Buchungen
 - Zu Verjährungsfragen (Änderung der Rechtsprechung)
- (BGH, Urt. v. 27. November 1985 – IVa ZR 97/84)

Leitsätze:

- a) Zur Substantiierungslast dessen, der Schadenersatz von seinem Steuerberater wegen fehlerhafter Buchungen fordert.
- b) Der Beginn der Verjährungsfrist des § 68 StBerG ist je nach Schadenart unterschiedlich; im Falle einer Betriebsprüfung steht erst mit deren Abschluß fest, ob es bei einer vermeidbaren Steuermehrbelastung bleibt, so daß erst dann der Schaden „entstanden“ ist im Sinne von § 68 StBerG (Abweichung vom Urteil vom 14. 7. 1982, VersR 1982, 1053; vgl. auch BGHZ 83, 17, 21).
- c) Bis zum Bekanntwerden des Senatsurteils über die Belehrungspflicht (BGHZ 83, 17) verletzte ein Steuerberater seine Sorgfaltspflicht nicht schuldhaft, wenn er seinen Mandanten wegen Irrtums über seine Belehrungspflicht nicht auf die drohende Verjährung einer Schadenersatzforderung gegen sich selbst hinwies.

Das Urteil des Bundesgerichtshofs wird im Märzheft GI 3/86 veröffentlicht.

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.